

Landesdelegiertenversammlung 21./22. Juni 2017

LDV-Beschluss 16

Arbeitsbelastung der Lehrkräfte senken, Diskussionsprozess transparent gestalten, lebensphasenorientierte und familiengerechte Arbeitsbedingungen gewährleisten

Die GEW BERLIN fordert die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie auf, endlich auf die vielen Anfragen, Stellungnahmen, Forderungen und Überlastungsanzeigen von Lehrkräften und deren schulischen Gremien zu reagieren.

Wir fordern die Senatorin auf, mit der GEW BERLIN in eine Diskussion zu treten, wie die Arbeitsbelastung der Berliner Lehrkräfte reduziert und die Arbeitsbedingungen in den Schulen verbessert werden können. Dafür muss ein Prozess angestoßen werden, in den Lehrkräfte und ihre Beschäftigtenvertretungen einbezogen sind.

Für das Erreichen des in der Koalitionsvereinbarung formulierten Ziels, die Überlastung der Lehrkräfte deutlich zu reduzieren, sowie „...trotz steigender psychosozialer Belastung die Gesundheit der Beschäftigten im Bildungsbereich zu fördern, zu sichern und vorzeitiges Ausscheiden aus dem Beruf aus gesundheitlichen Gründen erheblich zu vermindern...“ (Koalitionsvereinbarung S. 13, Zeile 241ff.) fordern wir die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie auf, zeitnah und unter Einbeziehung der Ergebnisse der Mitarbeiter*innenbefragung (MAB) dafür ein Konzept zu erstellen. Wir fordern, dass alle Lehrkräfte und deren Beschäftigtenvertretungen an der Festlegung und Umsetzung geeigneter individueller und kollektiver Maßnahmen beteiligt und in zukünftigen MABs die psychischen Belastungen erfasst werden. Die dafür benötigten Mittel sind vollumfänglich zur Verfügung zu stellen.

Die GEW BERLIN fordert die in der Senatsverwaltung eingerichtete Arbeitsgruppe „Lehrerarbeit“ (Ref. I B) auf, die Ergebnisse ihrer Arbeit transparent zu machen und mit den verschiedenen Bezirks- und Landesgremien zu diskutieren. Die betroffenen Lehrkräfte und deren Beschäftigtenvertretungen müssen in die Diskussion einbezogen werden.

Wir fordern die Arbeitsgruppe auf, effektive Maßnahmen zur tatsächlichen Erhöhung der Attraktivität des Berufs der Lehrerin und des Lehrers sowie der Arbeitsqualität in Berlin vorzuschlagen und öffentlich zur Diskussion zu stellen. Hierzu gehören aus Sicht der Lehrkräfte:

- den Schulen die benötigten Ressourcen für die Entlastung von teilzeitbeschäftigten Lehrkräften in Form eines zusätzlichen Stundendeputats zur Verfügung zu stellen und endlich der Verpflichtung aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Teilzeit nachzukommen,
- eine Reduzierung der Pflichtstundenzahl,
- die Abschaffung der zusätzlichen Präsenztage,
- die Verringerung der Arbeitsbelastung und
- die Gewährleistung lebensphasenorientierter und familiengerechter Arbeitsbedingungen.